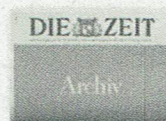


Bürgermeister lösen unliebsame Volkshochschule auf

## Wie selbtherrliche Duodezfürsten

30. Juli 1982, 8:00 Uhr

AUS DER ZEIT NR. 31/1982



### Hechingen

In der kleinen Beamtenstadt Hechingen am Rande der Schwäbischen Alb ist derzeit zu beobachten, wie vier Bürgermeister sich zu mittelalterlichen Fürsten aufspielen. Die Vorsteher der Gemeinden Hechingen, Haigerloch, Jungingen und Rangendingen ärgern sich über die Volkshochschule, deren Vorstand sie als gesetzliche Vertreter der Gemeinden bildeten.

Der Anlaß war harmlos. 1977 gründeten die Gemeinden den Verein „Volkshochschule Hechingen-Haigerloch“, Thomas Müller, Sozialwirt und erfahren in der Erwachsenenbildung, beriefen sie zum Leiter. Unter ihm entwickelte sich die Volkshochschule schnell zu einer der „tragenden Säulen“ des an Höhepunkten nicht eben reichen Kulturlebens der Gemeinden. Mit dem Kursangebot stiegen die Hörerzahlen, vom „Spinnen für Anfänger“ bis zu „Gut und Böse in der Philosophie“ waren die Kurse gut besucht. Der Hechinger Bürgermeister Norbert Roth, Mitte vierzig und seit 1967 im Amt, bescheinigte Müller: „Er ist agil, kreativ und fleißig, seine Leistung muß man anerkennen.“

Müller befolgte aber auch den politischen Bildungsauftrag der Volkshochschulen, gab Raum für kontroverse Diskussionen, ließ auch Stimmen der Friedens- und Umweltschutzbewegung zu Wort kommen. Nun fürchteten die erzkonservativen Bürgermeister um die Seelenruhe „ihrer“ Bürger. Statt einer aktuellen Auseinandersetzung zum Thema „Krieg und Frieden“ durfte nur „Der 2. Weltkrieg als exemplarisches Beispiel“ in das Kursprogramm aufgenommen werden. Auf einem Volkshochschulfest erregte das Plakat einer Friedensgruppe Ärger: „Der Frieden ist unser Auftrag. Wir werden ihn schon erledigen. Die Bundeswehr“. Müller erhielt eine arbeitsrechtliche Abmahnung,

obwohl die Vereinssatzung dem Leiter für seine Arbeit „selbstverantwortliche Freiheit“ einräumt. Der Ermahnte holte sich juristischen Rat. Ihm wurde gekündigt. Doch der Arbeitsrichter meinte: Nicht Müller, sondern der damalige erste Vorsitzende, Bürgermeister Trojan aus Haigerloch, „war im Begriff, gegen die Grundprinzipien der politischen Volkshochschularbeit zu verstoßen.“ Müller mußte weiterbeschäftigt werden, und Trojan verkündete noch im Gerichtssaal: „Dann werden eben die Gemeinden aus der Volkshochschule austreten.“

Obwohl von keiner Mitgliederversammlung mit der Auflösung des Vereins beauftragt, vom Arbeitsrichter vielmehr darauf hingewiesen, ein Austritt komme erst Ende 1983 in Frage, machten sich die vier Bürgermeister daran, die blühende Volkshochschule zu zerschlagen. Roth - als Bürgermeister von Hechingen - ließ einen Beamten seines Liegenschaftsamtes einen Brief an sich selbst - als Vereinsvorstand - aufsetzen, in welchem dem „sehr geehrten Herrn Bürgermeister“ - diesmal war der Vereinsvorstand gemeint - von der Stadt Hechingen die Räume der Volkshochschule zum 30. Juni gekündigt werden. Roth ließ Müllers Gehalt sperren und untersagte den Gemeindebediensteten, Druckaufträge oder Zahlungsanweisungen des Volkshochschulleiters auszuführen, er setzte schließlich sogar einen kommissarischen Geschäftsführer ein. Anfang Juni schrieb er an alle Dozenten, „mit Beginn des neuen Semesters (werde) eine eigene kommunale Erwachsenenbildung aufgebaut und fragte an, „ob Sie interessiert und bereit sind, als Dozenten mitzuwirken“. Schließlich ließ er das Inventar aus der Geschäftsstelle fortschaffen.

Die Selbstherrlichkeit der kommunalen Oberhäupter empörte nun nicht mehr nur die Dozenten. Auch manchem angesehenen Notar, Zahnarzt oder Studiendirektor war's zuviel, Verwaltungschefs wie Duodezfürsten auftreten zu sehen. Die Volkshochschule wurde lebendiger denn je. Saßen früher fünf, sitzen jetzt 80 Leute in den Mitgliederversammlungen. Eine Initiative berät in Kellern und Privaträumen das neue Kursprogramm und rechtliche Schritte. Doch der Versuch, Bürgermeister Roth zu untersagen, auf zwei Schultern zu tragen, scheiterte zunächst: Das Registergericht konnte eine Interessenkollision nicht erkennen.

Die Initiative läßt sich davon nicht entmutigen. Bürgermeister Roth drohen 30 000 Mark Zwangsgeld, ersatzweise 300 Tage Beugehaft, wenn er Müller nicht weiterbeschäftigt. Die Initiative hofft aber auch, daß die Bürgermeister irgendwann nachgeben. Schon jetzt hat ihr Verhalten mehr zur politischen Erwachsenenbildung beigetragen als alle Volkshochschulkurse zusammen.

*Dörte v. Westernhagen*